

1995: ein Aufschwung mit Risiken

Günter Pehl, geb. 1923 in Stettin, Studium der Volkswirtschaft, war bis 1988 Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“.

Anders als es die Konjunkturprognosen voraussagten, erlebte die deutsche Wirtschaft im Jahre 1994 eine kräftige Aufwärtsentwicklung. Die konjunkturelle Schwäche des Jahres 1993 wurde überwunden. Haupttriebkräfte des Aufschwungs waren die Auslandsnachfrage, eine rasche (Wieder-)Auffüllung der Lager sowie Investitionen in die industrielle Ausrüstung (Fabriken, Maschinen, Motoren, Fahrzeuge). Der private Verbrauch entwickelte sich dagegen schwach. Trotz der starken konjunkturellen Dynamik blieb die Zahl der Arbeitslosen im vergangenen Jahr mit mehr als 3,5 Millionen hoch. Die Verbraucherpreise stiegen 1994 nur allmählich an; im Jahresdurchschnitt um 3 Prozent.¹

Nach Meinung der meisten Konjunkturforscher wird sich im Jahr 1995 an diesem Konjunkturbild voraussichtlich wenig ändern. Aber es gibt auch skeptische Voraussagen: Zur Zufriedenheit bestehe kein Anlaß, warnt das Deutsche Institut für Konjunkturforschung in Berlin. Europa und Deutschland drohe eine Phase schwacher Expansion oder gar ein frühes Ende des Auf-

¹ Die wichtigsten Konjunkturdaten wurden dem Wochenbericht 1/1995 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) entnommen.

Schwungs. Ein Sockel hoher Arbeitslosigkeit würde sich verfestigen. In einem Satz zusammengefaßt, sieht das Institut für 1995 einen „Aufschwung mit Risiken“ voraus.

Ein Sozialprodukt von über 3.000 Mrd. DM

1994 erwirtschaftete die deutsche Wirtschaft ein reales (preisbereinigtes) Bruttoinlandsprodukt von fast 3.000 Mrd. DM - genau: 2.964,8 Mrd. DM. Das war ein realer Zuwachs von 2,8 Prozent; Zum Vergleich: 1993 war das reale Bruttoinlandsprodukt noch um 1,1 Prozent niedriger ausgefallen als 1992. In Westdeutschland wuchs 1994 die gesamtwirtschaftliche Leistung um 2,3 Prozent auf 2.709 Mrd. DM, im Osten um 8,9 Prozent auf 256 Mrd. DM an. In jeweiligen Preisen gerechnet (nominal) stieg das deutsche Bruttoinlandsprodukt 1994 um 5,1 Prozent auf 3.320 Mrd. DM; 1993 lag die nominale Steigerungsrate dagegen nur bei 2,7 Prozent.

Die Wirtschaftsdaten belegen, daß die Angleichung der neuen Bundesländer an Westdeutschland vorankommt. Die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen, also die Produktivität, erreichte im Osten erstmals mehr als die Hälfte der westdeutschen Leistung, nämlich 51,8 Prozent (1993: 31 Prozent). Der Produktivitätszuwachs betrug 1994 in Gesamtdeutschland ebenso wie in Westdeutschland je 4,5 Prozent, während er sich im Osten auf 9,5 Prozent belief. Die Lohnstückkosten lagen in Ostdeutschland aber immer noch um ein Drittel über dem Westniveau.

Wie bereits erwähnt, gingen im vergangenen Jahr wesentliche Impulse für das Wirtschaftswachstum von der Auslandsnachfrage und den Ausrüstungsinvestitionen aus. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen war 1994 real um 6,1 Prozent höher als 1993; die Einfuhr ebenfalls um 6,1 Prozent. Der starke Rückgang bei den Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen im Jahre 1993 (- 13,8 Prozent) kam zum Stillstand, so daß für 1994 wieder ein leichtes Plus von einem Prozent verzeichnet werden konnte. Die Bauinvestitionen erhöhten sich um 7,5 Prozent. Vor allem war der Wohnungsbau rege; in ihm wurden 1994 real 12,6 Prozent zusätzlich investiert.

Die schwächste Nachfragegröße war im vergangenen Jahr der Verbrauch der privaten Haushalte. Der private Verbrauch war 1994 real um 1,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor (im Westen um ein Prozent, im Osten um drei Prozent). Insgesamt war die *Inlandsnachfrage* nach Gütern und Dienstleistungen 1994 real um drei Prozent größer als 1993; im Westen machte der Anstieg zwei Prozent, im Osten sogar 7,5 Prozent aus.

Ungleiche Einkommensentwicklung

Die Schwäche des privaten Verbrauchs war vor allem in der unbefriedigenden Entwicklung der Arbeitnehmerinkommen begründet. Die Brutto-lohn- und -gehaltssumme war 1994 nur um ein Prozent höher als 1993. Die Nettolohn- und -gehaltssumme war wegen der steigenden Belastung durch

Steuern und Abgaben sogar um 0,5 Prozent niedriger. Je Beschäftigten lag die Nettolohn- und -gehaltssumme 1994 gleichfalls um 0,5 Prozent unter der des Vorjahres. In Westdeutschland waren die Nettolöhne und -gehälter um ein Prozent gesunken und je Beschäftigten unverändert geblieben. Im Osten war eine Erhöhung um fünf Prozent, je Beschäftigten um sieben Prozent zu verbuchen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betragen die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im Westen 32.290 DM und im Osten 24.540 DM. Eine andere Entwicklung als die Löhne und Gehälter haben die Unternehmerrgewinne im vergangenen Jahr genommen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1994 gegenüber 1993 brutto um 13,5 Prozent und netto sogar um 19 Prozent an.

Hohe Arbeitslosigkeit

Die Schwäche des privaten Verbrauchs, auf den immerhin 55 Prozent der Inlandsnachfrage entfällt, war auch eine Folge der hohen, 1994 noch gestiegenen Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im vergangenen Jahr um ein Prozent niedriger als 1993. Ende 1994 wurden im gesamten Bundesgebiet 34,94 Millionen Erwerbstätige gezählt (28,65 Millionen im Westen und 6,3 Millionen im Osten). Die Arbeitsämter registrierten Ende Dezember 1994 rund 3,7 Millionen Arbeitslose; das waren 276.000 Personen mehr als Ende 1993. Die Arbeitslosenquote betrug 9,6 Prozent. In Westdeutschland lag die Quote bei 8,3 Prozent (2,56 Millionen Arbeitslose), im Osten bei 15,7 Prozent (1,14 Millionen Personen). Schließlich ging die Zahl der Kurzarbeiter um zwei Drittel auf 275.000 zurück.

Konjunkturelle Besserung im Jahre 1995?

Auch im Jahre 1995 wird eine hohe Arbeitslosigkeit die große wirtschaftspolitische Herausforderung bleiben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet in seiner Vorausschau für 1995 mit 3,56 Millionen Arbeitslosen; 2,51 Millionen im Westen und 1,06 Millionen im Osten. Die Arbeitslosenquote ist mit 9,2 Prozent allerdings etwas rückläufig (1994: 9,6 Prozent). Auch die anderen Wirtschaftsforschungsinstitutionen erwarten 1995 Arbeitslosenzahlen um 3,5 Millionen Personen.

„Im Jahre 1995 wird sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland weiter bessern“, heißt es in der DIW-Prognose. „Die konjunkturelle Erholung in Westdeutschland setzt sich fort und die Umstrukturierung in Ostdeutschland kommt weiter voran.“ In Zahlen ausgedrückt: Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1995 um zwei Prozent größer sein als 1994. Im Westen wird die reale Zuwachsrate 1,75 Prozent betragen, im Osten sogar 7,5 Prozent. Das Wirtschaftswachstum wird wiederum besonders von den Bauinvestitionen (+ 6,5 Prozent) getragen werden, aber auch die Investitionen in Ausrüstungen werden um ebenfalls 6,5 Prozent zunehmen. Nicht befriedigend ist nach wie vor der Zuwachs des privaten Verbrauchs (+ 3 Prozent), wofür vor allem die ungenügende Lohnentwicklung ausschlaggebend ist. Zwar wird die

Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten 1995 um drei Prozent zunehmen, aber die steigende Belastung der Arbeitnehmer durch höhere Steuern und Abgaben werden die Nettolöhne so stark drücken, daß sie nicht höher sein werden als 1994. Hierzu das DIW: Die Einführung des Solidaritätszuschlages wird die Anhebung der Tarifverdienste mehr als kompensieren. Mit 18 Mrd. DM sind die Entzugseffekte doppelt so hoch wie die Mehreinnahmen aus den zu erwartenden Tariflohnsteigerungen. Wer die Steuer- und Abgabenschraube hochdreht, darf sich also nicht wundern, wenn die Nachfrage des privaten Verbrauchs nachläßt und insgesamt die Volkswirtschaft Schaden nimmt. Hinzu kommt noch ein Anstieg der Verbraucherpreise, der allerdings geringer ausfällt als bisher und 1995 im Osten wie im Westen bei etwa 2,5 Prozent liegen wird.

Massive Investitionsförderung in Ostdeutschland

„Der wirtschaftliche Neuaufbau in den ostdeutschen Bundesländern kommt inzwischen zügig voran. Doch noch liegt das Ziel - gleiche Lebensbedingungen wie in den westdeutschen Bundesländern - in weiter Ferne. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit lastet schwer auf den Menschen. Zwar ist die Wende am Arbeitsmarkt inzwischen erreicht: der Abbau unproduktiver Arbeitsplätze wird durch das Entstehen neuer, hochwertiger Arbeitsplätze ausgeglichen, aber damit kann niemand zufrieden sein. Es bedarf weit mehr als einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze, damit alle Arbeitssuchenden eine Beschäftigung finden können“, so die drei Wirtschaftsforschungsinstitute, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums den gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Neuaufbau in Ostdeutschland untersuchen, in ihrem jüngst veröffentlichten zwölften Bericht.² Neue Arbeitsplätze werden durch Investitionen geschaffen. Damit sich die Investitionen, soweit sie privat vorgenommen werden, „rechnen lassen“, müssen die Rahmenbedingungen stimmen, zum Beispiel die Gewinne ausreichend sein. So heißt es weiter in dem Bericht. Die Rahmenbedingungen waren in den östlichen Bundesländern aber „anfangs alles andere als gut“, so daß zu befürchten war, daß die private Investitionsbereitschaft nur verhalten sein würde. Die Wirtschaftspolitik entschied sich deshalb dafür, Investitionen im Osten massiv zu fördern. Sie hat damit „beachtliche Erfolge erzielt“. In den viereinhalb Jahren seit der wirtschaftlichen Vereinigung wurden in den ostdeutschen Bundesländern rund 500 Mrd. DM investiert - in die Modernisierung der Betriebe, den Ausbau der Verkehrswege und der Kommunikationsnetze sowie in die Sanierung des Wohnungsbestandes.

Die Treuhandanstalt beendet ihre Arbeit

In diesem Zusammenhang sollte die Treuhandanstalt nicht unerwähnt bleiben, die zum Jahresende 1994 gut viereinhalb Jahre nach ihrer Gründung ihre Tätigkeit beendet hat. Viele Menschen in Ostdeutschland haben die

² DIW-Wochenbericht 3/1995, S. 72.

Arbeit der Treuhandanstalt mit harter Kritik, ja zum Teil mit Empörung begleitet, oftmals sicherlich subjektiv zurecht, zumal wenn die Kritik von Betroffenen kam, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder in Gefahr sahen. Als ein „Plattmacher im Osten“ wurde die Anstalt mitunter betrachtet. Tatsächlich handelt es sich indessen bei der Überführung der weitgehend maroden ostdeutschen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft mit wettbewerbsfähigen Unternehmen um eine wirtschaftshistorisch einmalige Aufgabe und Leistung. Man sollte sich an die Ausgangslage in Ostdeutschland erinnern: Die DDR-Wirtschaft war nicht in der Lage, der Bevölkerung die einfachsten Waren des täglichen Bedarfs jederzeit in ausreichender Menge und in guter Qualität anzubieten. Vieles wurde von West nach Ost in Paketen geschickt oder von Verwandten und Bekannten bei Besuchen mitgebracht. Heute befürchten dagegen manche im Westen, daß die ostdeutschen Unternehmen bald die moderneren Produktionsmittel haben und auf den Märkten wettbewerbsfähiger sein werden. Dies zeigt deutlich die nicht zuletzt durch die Treuhandanstalt bewirkte wirtschaftliche Veränderung an. Seit 1990 hat die Treuhandanstalt für fast alle der 14.000 einst „volkseigenen Betriebe“ eine Lösung gefunden. Gut zwei Drittel der Unternehmen und Unternehmensteile wurden privatisiert oder den Kommunen übertragen; etwa 3.600 Betriebe wurden stillgelegt. Die neuen Eigentümer der Unternehmen haben 206,5 Mrd. DM an Investitionen und die Schaffung von knapp 1,5 Millionen Arbeitsplätzen zugesichert.³

Die Probleme des Systemumbaus

„Es gehört zu den Erfahrungen in den letzten Jahren, daß der Umbau der sozialistischen Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft in Ostdeutschland im ersten Schritt zur Zerstörung von großen Teilen des Produktionspotentials führt“, heißt es in dem schon erwähnten zwölften Bericht der Wirtschaftsforschungsinstitute zu den gesamtwirtschaftlichen und unternehmerischen Anpassungsfortschritten in Ostdeutschland. „Dies wird in den neuen Bundesländern häufig mit Bitterkeit registriert. Viele Menschen argwöhnen, daß einzelne Betriebe und ganze Standorte nur deshalb „platt gemacht“ wurden, um westdeutschen Unternehmen lästige Konkurrenz vom Hals zu schaffen. In einigen Fällen mag das tatsächlich so gewesen sein. Aber in der Mehrzahl sind die ostdeutschen Kombinate und Betriebe keine Konkurrenten für die westdeutschen Unternehmen gewesen, denn sie befanden sich in einem desolaten Zustand.“⁴

„Dies muß“, so heißt es weiter, „der sozialistischen Mißwirtschaft angelastet werden:

- Die Produktionsanlagen waren in hohem Maße verschlissen, denn ihre Erneuerung war stark vernachlässigt worden.
- Die Ausrüstungen entsprachen nur selten dem Stand der Technik. Auch in

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.12.1994.

⁴ DIW-Wochenbericht 3/1995, S. 73.

sogenannten Schlüsselindustrien (wie in der Mikroelektronik) betrug der Rückstand in der Produktionstechnologie gegenüber dem Westen viele Jahre. Die Anreize zu Produkt- und Prozeßinnovationen waren minimal.

- Die Produktion war in hohem Maße auf den Bedarf der osteuropäischen Länder ausgerichtet. Aus heutiger Sicht war die DDR-Wirtschaft sogar hochgradig fehlspezialisiert. Sie besaß eine Produktionsstruktur, die mehr zu einem Schwellenland als zu einem hochentwickelten Industrieland paßte. Es war viel Kapital in Produktionen gebunden, für die es auf dem Weltmarkt keine Absatzchancen gab. Ffinzu kam, daß die meisten Produkte qualitativ nicht wettbewerbsfähig waren. Folglich gingen mit der Öffnung der Grenzen die Absatzmärkte schlagartig verloren.
- Hoher Verschleiß, technologische Rückständigkeit und Fehlspezialisierung - das zusammen schlug sich in einer geringen Arbeitsproduktivität nieder. Sie betrug nach heutigen Erkenntnissen weniger als ein Drittel der Arbeitsproduktivität in der früheren Bundesrepublik."⁵

Besser als vorstehend können die Probleme, die beim Umbau der Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft in Ostdeutschland entstanden sind oder noch entstehen werden, gar nicht dargestellt werden. Sie sollten davor warnen, ungeduldig auf rasche Verbesserungen der Wirtschaftslage und der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland zu setzen.

5 Ebd.